gerufen: „Sie verwechseln sich mit dem Parlamentarismus!" Nun, in Sachsen übt weder Herr Dr. Wirth noch das Zentrum einen Einfluß auf die Landespolitik aus. Hier aber, wo die Sozialdemokratie einen verhältnismäßig weit größeren Anteil an der Gesamtzahl der Mandate hat als im Reiche, ist die Krise des Parlaments weit schlimmer — so schlimm, daß überhaupt keine Möglichkeit mehr gefunden werden kann, eine ordnungsgemäße Regierung zu bilden. Nicht die Mangelhaftigkeit des parlamentarischen Systems ist in Sachsen und im Reich die Ursache der Krise, sondern die Verantwortungslosigkeit großer Parteien. Wenn ein Betrunkener seine Taschenuhr gegen die Wand wirft, dann ist damit nichts über die Güte der Taschenuhr gesagt. Ein anderer Vergleich aber ist nicht möglich für eine Partei wie die SPD., die im Mai bei der Auflösung des Sächsischen Landtags und vor wenigen Tagen bei der Auflösung des Reichstages mit den Gegnern des Parlamentarismus gemeinsam eine Front gegen das Weiterbestehen des parlamentarischen Systems gebildet hat.

Der Sächsische Landtag ist ein Muster dafür, wie ein Parlament nicht aussehen soll. Wenn die Wählerschaft im Reiche sich am 14. September ähnlich verhält wie Sachsens Wählerschaft am 22. Juni, wenn eine Stärkung der Kommunisten und Nationalsozialisten eintritt bei gleichzeitiger Schwächung der staatsbejahenden Rechten — dann wird auch für den Reichstag die Stunde kommen, wo er zwar in die Ferien gehen, aber keine Regierung mehr bilden kann. Wir fürchten, er wird dann etwas lange Ferien machen müssen. Aber vielleicht betrachten sich die deutschen Wähler erst einmal das sächsische Muster etwas genauer? Sie werden sich dann doch wohl entschließen, den neuen Reichstag nicht nach diesem Muster anzufertigen. Dyk.

Im englischen Spiegel

Londoner Stimmen über die deutsche Krise

(Von unserem Vertreter.)

Kr. **London**, 20. Juli.

Eine halbe Stunde nach der Verlesung des Dekrets durch Dr. Brüning wurde die Nachricht von der Auflösung des Reichstages schon durch Telegramm und Rundfunk über England verbreitet. Die Ueberraschung war in der City nicht geringer als im Lobby des Unterhauses, denn nach der Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages hatte man mit einer Vertagung der Krise bis zum Herbst gerechnet. So lebhaftes Interesse die Tatsache nunmehr auch fand, daß der Reichstag wider Erwarten nun doch den letzten und denkwürdigsten seiner Beschlüsse gefaßt hatte, so blieb die Beurteilung doch ruhig und sachlich. Es war dem Reichstag von englischer Seite schon zu viel Kritik gewidmet worden, gerade von den überzeugtesten Anhängern demokratischer Regierungsinstitutionen, als daß es irgendjemand eingefallen wäre, in dieser Auflösung mehr als das zwar ruhmlose, aber natürliche Ende dieser Legislaturperiode zu sehen.

Aber es dauert in England einige Stunden länger als anderswo, bis die Beurteilung aktueller Ereignisse ihren Weg in die großen politischen Organe findet. Diese Zwischenphase gehört der Sensationspresse, die eine Nummer lang sich des Stoffes bemächtigt. In flüchtigen Telegrammen ihrer Berliner Korrespondenten, die in jeder Zeile tatsächliche Unrichtigkeiten enthalten, wird aus einigen Linksblättern zusammengerafft, was diese ihnen nur an Andeutungen der politischen Vorgänge bieten. Was diesen Blättern dann wiederum Gelegenheit gibt, derartige Gelegenheitsblüten als „Stimme des Auslandes" wiederanzuführen, während es doch nur das bedenkenlose Echo der eigenen Bedenkenlosigkeit ist. So entstehen immer wieder aus deutscher Quelle Darstellungen über die Haltung amtlicher deutscher Stellen, die in ihren Auswirkungen an der guten Schulung der englischen Presse glücklicherweise zwar ein ziemlich frühes Ende finden, auf die französische Oeffentlichkeit z. B. aber wie Gift wirken.

Ein klassischer Fall für die Auswirkungen deutscher Oppositionsmethoden ist die Darstellung, die der Berliner Korrespondent des „Daily Expreß" in Anlehnung an deutsche Zeitungen der Reichstagsauflösung gibt, und die jetzt wieder als köstliche Blüte englischen Geistes, als typisches Urteil der englischen Demokratie durch die deutschen Oppositionsblätter läuft. Im Stile des „Vorwärts" berichtet der „Daily Expreß" in Schlagzeilen aus Berlin:

„Hindenburg der Diktator Deutschlands. Der alte Krieger löst den Reichstag auf. Ein dramatischer Streich. Man befürchtet Zusammenstöße und Blutvergießen."

Und neben den Bildern Hindenburgs und Brünings werden dann in folgenden Ausführungen die wirklichen Ziele beider nahegelegt: „Obschon man glaubte, daß der „Stahlhelm" als Organisation nicht mehr existierte, ist Hindenburg noch immer ihr Ehrenpräsident... Der Bund bildet seine Anhänger in militärischen Uebungen aus und beliefert sie mit Waffen, in der eingestandenen Absicht, die Republik, wenn nötig mit militärischer Gewalt, zu überrennen und das Kaisertum wieder aufzurichten... Der Reichstag hat durch seine heutige Abstimmung versucht, dem Reichspräsidenten (hierin) Widerstand zu leisten. Seine Antwort war das Auflösungsdekret, und es muß vielen Deutschen nun so erscheinen, daß der Präsident des Reiches hinter den Nationalisten und Stahlhelmern (und diesen ihren Zielen) steht."

Diese Darstellung glaubt den „Stahlhelm" für das ganze Reich statt für zwei preußische Provinzen verboten, verwechselt die Verbotsgründe, bezieht das Mißtrauensvotum unmittelbar auf den Präsidenten, statt auf die Reichsregierung, und was solcher Unrichtigkeiten mehr sind. Sie würden ihren Weg aber nie in die ausländische Presse gefunden haben, wenn nicht systematisch seitens einiger Berliner Blätter durch verzerrte Wiedergabe der Regierungshandlungen Verdächtigungen geschaffen würden, die dann einen phantasievollen ausländischen Beobachter Hindenburg und Brüning bereits

auf dem Wege nach Haus Doorn

sehen lassen. Jede dieser Unrichtigkeiten ist in deutschen Organen enthalten gewesen, jede dieser Phantasien spukt ausgesprochen oder unausgesprochen hinter den Zeilen einiger deutscher Blätter. Wenn das deutsche Parlament schon einen Vergleich mit anderen, gefestigteren Parlamenten nicht sehr ehrenvoll bestehen konnte, so sind die Formen seiner Opposition doch etwas so Beispielloses, etwas so Staatsschädigendes, daß an ihnen gemessen, nichts mehr wundernehmen kann.

Es bedarf keiner Erwähnung, daß die größeren politischen Organe sich ihr Urteil über die politische Situation Deutschlands durch die nunmehr gewohnten Taktlosigkeiten der Oppositionsblätter nicht so leicht verwirren lassen. Es ist ein ruhiges und zutreffendes Urteil, das die englischen Zeitungen im allgemeinen über deutsche Verhältnisse gewinnen. Aber plötzlich ändert sich das Bild: von diesen Stimmen des Auslandes schweigen alle Wipfel in einigen Blätterwäldern. So finden sich in den gegnerischen Blättern der Reichsregierung z. B. folgende Sätze des „Observer": „Die Auflösung des Reichstages durch Präsident von Hindenburg hat in einigen Kreisen die irrige Vorstellung entstehen lassen, daß er eine Art Diktatur errichtet habe. Das ist ein völliges Mißverstehen der Verhältnisse... Weit entfernt davon, nicht verfassungsmäßig zu sein, legen die gegenwärtig getroffenen Notmaßnahmen vielmehr Beweis ab für

die Weitsicht, mit der die Verfassung des Reiches entworfen ist."

Oder die Bemerkungen des „Manchester Guardian" über die „zunehmende Unpopularität der parlamentarischen Regierungsverhältnisse in Deutschland", oder aber die Erwägung der „Sunday Times", daß „der Reichspräsident seinen Schritt wohl nicht unternommen haben würde, wenn er nicht die öffentliche Meinung hinter sich wüßte."

Der wirkliche Eindruck Englands richtet sich nämlich in einem viel höheren und bestimmteren Maße, als sie es wahrhaben wollen, gegen die lauten Anwälte der Demokratie" selbst. Man fragt sich hier vergebens, welche Verhältnisse die Sozialdemokratische Partei denn in dem neuen Reichstag anzutreffen gedenkt, wenn sie ihre Propaganda auch mit einer Erhaltung ihrer sonst so gefährdeten Mandate belohnt sieht. Ihre Verlegenheit wird erst nach den Wahlen beginnen, **für die Deutschnationalen erwartet man aber schon in der Stimmabgabe ihrer Wähler ein furchtbares Strafgericht.** Man rechnet mit so starken Verlusten an die Volkskonservativen nach der einen Seite, und an die Nationalsozialisten nach der anderen Seite, daß, wie der „Manchester Guardian" schreibt, „ihr völliger Wegfall als politische Macht wahrscheinlich ist."

Die neue Rechte

„Konservative Staatspartei"

Die Verhandlungen der aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen Abgeordneten Gruppe Westarp und der Volkskonservativen Vereinigung zur Sammlung aller konservativ eingestellten Kräfte in einer neuen gemeinsamen Organisation, die vom Reichsminister Treviranus, dem Abgeordneten v. Lindeiner-Wildau einerseits und Graf Westarp, Dr. v. Dryander andererseits geführt wurden, haben heute zu einer völligen Einigung und zur Gründung der Konservativen Volkspartei geführt. Die neue Partei tritt mit einem Gründungsaufruf an die Oeffentlichkeit.

Die Leitung hat ein Ausschuß übernommen, der aus den Herren Habermann, von Kamecke, v. Lettow-Vorbeck, v. Lindeiner-Wildau, Dr. Rademacher und Treviranus besteht. Daneben besteht ein Beirat, zu dem Dr. v. Dryander, Frl. v. Gierke, Dr. Hoetzsch, Lambach, Dr. Lejeune-Jung, Graf Schulenburg-Tressow und Graf Westarp gehören. Die Geschäftsstelle der Konservativen Volkspartei befindet sich in den Räumen der bisherigen Geschäftsstelle der Volkskonservativen Vereinigung.

In dem Gründungsaufruf

der Konservativen Volkspartei heißt es u. a.:

„Die Deutschnationale Volkspartei hat den wirksamen Einsatz konservativer Kräfte verhindert und droht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen. Wir lassen deutsche Volkskraft nicht verkümmern und damit die Voraussetzung innerer und äußerer Befreiung. Im Bewußtsein der Gefährdung von Staat und Wirtschaft sind wir entschlossen, in staatspolitischer Gemeinschaftsarbeit und Aufgabenteilung mit wesensverwandten Parteien und Gruppen in Stadt und Land zusammenzuwirken. Wir sind überzeugt, daß sich Parteien nicht nur zu bekämpfen, sondern im Blick auf das Ganze zu ergänzen haben. Die Lösung der großen uns gestellten Aufgaben setzt innere Erneuerung voraus. Aus den lebendigen Quellen des Christentumes wollen wir sie in friedlichem Wettstreit der Bekenntnisse gewinnen.

Soziale Klassensonderung von oben und unten wollen wir überwinden. Das notwendige Streben des einzelnen nach wirtschaftlichem Erfolg darf Nation und Staat nicht schwächen. Selbstverwaltung durch die Nächstberufenen soll den Staat von täglicher Einmischung in Rechte und Pflichten des Staatsbürgers fernhalten. So wollen wir die Autorität des Staates und der Staatsdiener wiederherstellen.

Unser Staat soll wieder ein wehrhafter Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte so zur Geltung kommen, daß der Staat fähig wird, im Kampfe um die deutsche Freiheit in der ganzen Welt den gesammelten Freiheitswillen einer geeinten Nation einzusetzen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der Konservativen Volkspartei."

*

Bemerkenswert an der Art, wie sich die Konservative Volkspartei konstituiert hat, ist der Umstand, daß Graf Westarp dem Reichsminister Treviranus den Vorsitz der Partei überlassen hat. Westarp gehört nur dem erweiterten Ausschuß der Partei an und wird, wie man hört, als Verbindungsmann zwischen der Konservativen und der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei wirken.

Der Aufruf des Landbundes zur Stimmabgabe für die Landvolk-Partei ist, wie zu erwarten war, nicht in allen Kreisen des Landbundes mit Begeisterung aufgenommen worden. Wie man hört, beabsichtigt der Landbund Pommern, mit Ablauf des Jahres aus dem Reichsbund auszuscheiden. Man wird aber gut tun, eine Bestätigung dieser von den Blättern Hugenbergs verbreiteten Nachricht abzuwarten.

Die Abgeordneten Schröter-Liegnitz und Leopold sowie das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. Reichert, sind aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten. — **Der Parteivorstand der Deutschnationalen Partei tritt heute in Berlin zusammen; am Freitag folgt eine Sitzung der Deutschnationalen Parteivertretung.** Wie man hört, soll ein allgemeines Verbot erlassen werden, die aus der Deutschnationalen Partei ausgeschiedenen Abgeordneten wieder aufzunehmen.

Die Landvolk-Parole

Der Beschluß des Reichslandbundes, seine Mitglieder zur Wahl von Landvolk-Listen aufzufordern, ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Zunächst einmal ist er eine Antwort darauf, daß ein Teil der Deutschnationalen Volkspartei unter Führung Hugenbergs, von kleinen parteitaktischen Gesichtspunkten beherrscht, wichtige Maßnahmen zum Schutze des Ostens und insbesondere seiner Landwirtschaft durch Herbeiführung der Reichstagsauflösung sabotiert hat. Die Mitglieder des Landbundes waren politisch zum größten Teil bisher noch immer in der Deutschnationalen Volkspartei organisiert. Sie sind jetzt, praktisch gesehen, von ihrer berufsständischen Vertretung aufgefordert, nicht mehr die deutschnationalen, sondern die Landvolk-Listen zu wählen. Das bedeutet einen neuen, schweren Einbruch in die zertrümmerte Front Hugenbergs, und zwar an einer Stelle, wo er noch immer über einen gewissen Anhang verfügen konnte.

Diese Loslösung von der Deutschnationalen Volkspartei war, berufsständisch und politisch gesehen, eine Notwendigkeit. Denn weder die wirtschaftlichen Interessen der Landwirtschaft, noch ihr politisches Interesse einer positiven Mitarbeit an den Aufgaben des Staates fanden bei der Hugenberg-Partei irgendwelches Verständnis. Sie wurden vielmehr durch den Kurs einer radikalen Katastrophenpolitik einfach beiseite geschoben. Wenn aber nun der Landbund unter dem Eindruck dieser Tatsache seine Mitglieder zur Neuschaffung einer politischen Organisation auf rein berufsständischer Grundlage auffordert, so erweckt das nicht geringe Bedenken. Die Gesundung der deutschen Politik kommt nicht von einer immer weiter verzweigten Gliederung nach dem Gesichtspunkte des berufsständischen Interesses. In dem Maße, wie diese weiter um sich greift, gehen dem eigentlich Politischen, der auf das Gesamtvolk gerichteten Arbeit und Entscheidung wertvolle Kräfte und zukunftsreiche Chancen verloren. Eine weitere Aufspaltung unserer Parteiengruppierung in Klassen und Stände wäre die unfruchtbarste Lösung der großen politischen Krise, unter der das deutsche Volk leidet.

In den Kreisen derer, die das Landvolk zur Sammlung aufrufen, scheint man sich der hier angedeuteten Gefahren erfreulicherweise bewußt zu sein. In der „Deutschen Tageszeitung" lesen wir in einem Kommentar zur Entschließung des Landbundes, daß der jetzt in den Vordergrund gestellte berufsständische Gedanke nur die erste Etappe zur Gesamtlösung des Problems einer großen, konservativen Rechte darstelle. Das letzte Ziel sei selbstverständlich die Zusammenfassung aller konservativen Kräfte in Stadt und Land. Um diesen Gedanken zu betonen, soll jetzt schon versucht werden, die Landvolkgruppe Schiele und die konservative Westarp-Treviranus auf eine gemeinsame Reichsliste zu einigen, auf der die Führer beider Gruppen zu wählen wären. Das Zustandekommen dieser gemeinsamen Reichsliste soll übrigens, wie es heißt, für den Grafen Westarp die Voraussetzung seiner Mitwirkung an der Neuordnung der Rechten sein. Man kann jedenfalls als Außenstehender, der die Vorgänge auf der Rechten unter dem Gesichtspunkt unserer gesamtpolitischen Entwicklung sieht, nur wünschen, daß im Endergebnis nicht eine berufsständische, sondern eine geistig-politische Sammlung erfolgt, die der Rechten wieder Boden, Ziel und Haltung gibt.

*

Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei veröffentlicht heute einen Wahlaufruf, in dem es u. a. heißt:

„In einer Zeit stärkster wirtschaftlicher Krisis ist der Reichstag aufgelöst. Mangel an Verantwortungsbewußtsein, an Zielklarheit und an wirtschaftlicher Vernunft hat ihm ein vorzeitiges Ende bereitet und damit das eben begonnene Rettungswerk für die Landwirtschaft jäh unterbrochen. Parteikrisen und politische Angst haben die Katastrophe beschleunigt. Für eine ruhige, sachliche Fortführung der Staatsgeschäfte hat sich keine Mehrheit gefunden. Sozialdemokraten und Kommunisten haben sich mit Nationalsozialisten und der unbelehrbaren deutschnationalen Hugenberg-Gruppe verbunden und eine schwere Gefahr für das Vaterland herbeigeführt. Eine neue Entscheidung reift heran. Die Landvolkpartei war nicht an die letzte Reichsregierung gebunden. Sie hatte sie aber gestützt, weil sie in ihr die zur Zeit einzig mögliche bürgerliche Regierung sah, die bei der unfruchtbaren Opposition der Hugenberg-Gruppe die Loslösung von marxistischen Ideen bringen konnte. Die Landvolkpartei lehnt jede Katastrophenpolitik ab, weil sie in ruhiger, steter Aufbauarbeit die gesicherte Zukunft der deutschen Nation erblickt. In hohem vaterländischen Idealismus, der aus Bodenständigkeit und Liebe zur Scholle erwächst, lehnt sie jede einseitige Bevorzugung einer einzelnen wirtschaftlichen Gruppe ab, weil sie nur in der Zusammenfassung weitester staatspolitischer Kräfte die Abkehr vom zersetzenden Radikalismus erblickt. So arbeitet sie im Sinne des Reichspräsidenten von Hindenburg, der mit uns in den bodenständig-konservativen Kräften des Landvolks die Quelle der nationalen Erneuerung sieht.

Kurze Nachrichten

* **An den Folgen der Calmettefütterung** ist in Lübeck am Mittwoch wieder ein Säugling gestorben. Die Zahl der Todesopfer beträgt nunmehr 62.

* **Der Schnellzug Offenburg—Konstanz** streifte Mittwoch abend zwei Güterwagen, so daß diese entgleisten. Vom Schnellzug wurden die Lokomotive, der Postwagen, der Packwagen und ein Personenwagen beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden. — In Ottersburg bei Stade geriet nachts ein Autobus auf den Fußsteig und überfuhr vier Personen. Eine Frau wurde getötet, ihre Tochter schwer und der Sohn und Schwiegersohn leicht verletzt.

* **Im Unterelsaß** sind 11 neue Fälle von spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. In Metz ist ein Kind daran gestorben.

* **23 englische und 21 amerikanische Missionare,** die im Aufständischengebiet abgeschnitten waren, sind gestern abend durch eine von dem amerikanischen und dem britischen Konsul unternommene Expedition befreit worden.

* **Der Proteststreik** gegen die Lohnabzüge wegen der französischen Sozialversicherung breitet sich aus. In Nordfrankreich streiken 14 000.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten: Wolkendecke zeitweilig aufbrechend, aber noch größtenteils stark bewölkt. Oertlich zeitweilig auch noch Regen, geringe Gewitterneigung. Temperaturen für die Jahreszeit zu niedrig. Schwache bis mäßige Winde veränderlicher Richtungen.